

Handelsblatt

Corona-Pandemie
Delta-Variante entfacht neue Debatte über Reisebeschränkungen.

► 7

Trendviertel Düsseldorf
Das Wirtschaftszentrum am Rhein – eine Preisklasse für sich.

► 32

Geldanlage
Bei Schwellenländer-Fonds ist jetzt Vorsicht geboten.

► 34



Odile Renaud-Basso
Chefin der Osteuropabank über Boom und Rechtsruck.

► 12

Der Strompreis-Schock

Die Kosten für Elektrizität klettern immer höher – und bringen vor allem Mittelständler in die Bredouille. Energiepolitiker schlagen Alarm.

Die Zuversicht der deutschen Wirtschaft nach eininhalb Jahren Pandemie wird von einer großen Sorge getrübt: Der Strompreis steigt und steigt. Am Terminmarkt der Energiebörse EEX kostet eine Megawattstunde (MWh) Strom, die im kommenden Jahr geliefert werden soll, knapp 70 Euro. So hoch war der Großhandelspreis, der Grundlage für viele Verträge der Industriekunden ist, seit zwölf Jahren nicht mehr. Im März 2020, zu Beginn der Pandemie, kostete eine MWh noch 35 Euro. Getrieben wird der Preis vom ebenfalls steilen Anstieg des CO₂-Preises. Eine Trendwende ist deshalb nicht in Sicht.

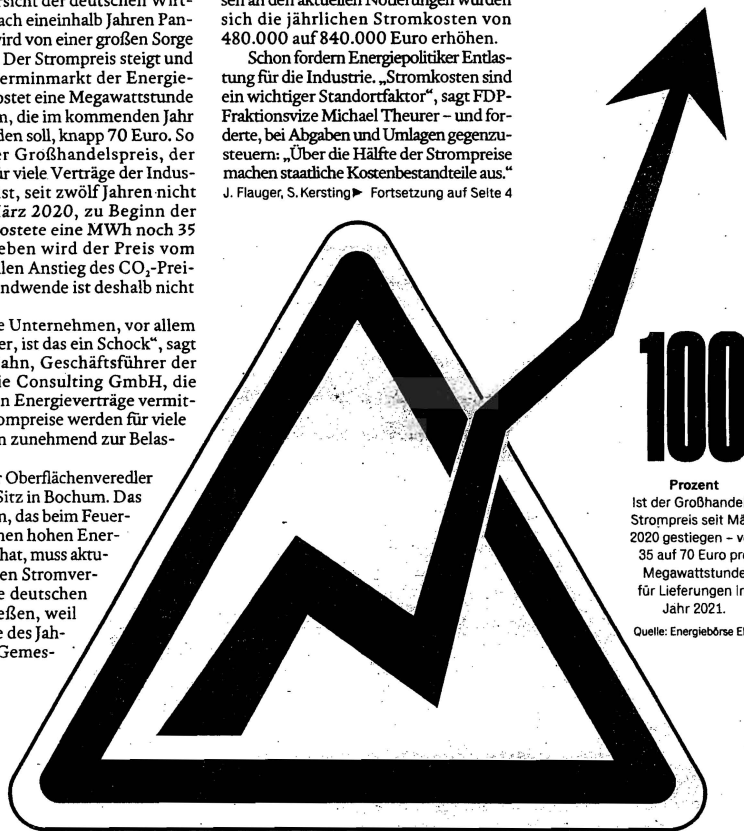
„Für viele Unternehmen, vor allem Mittelständler, ist das ein Schock“, sagt Wolfgang Hahn, Geschäftsführer der ECG Energie Consulting GmbH, die Unternehmen Energieverträge vermittelt. „Die Strompreise werden für viele Unternehmen zunehmend zur Belastung.“

So wie für Oberflächenveredler Coatinc mit Sitz in Bochum. Das Unternehmen, das beim Feuerzinken einen hohen Energieverbrauch hat, muss aktuell einen neuen Stromvertrag für seine deutschen Werke schließen, weil der alte Ende des Jahres ausläuft. Gemes-

sen an den aktuellen Notierungen würden sich die jährlichen Stromkosten von 480.000 auf 840.000 Euro erhöhen.

Schon fordern Energiepolitiker Entlastung für die Industrie. „Stromkosten sind ein wichtiger Standortfaktor“, sagt FDP-Fraktionsvize Michael Theurer – und forderte, bei Abgaben und Umlagen gegenzusteuern: „Über die Hälfte der Strompreise machen staatliche Kostenbestandteile aus.“

J. Flauger, S. Kersting | Fortsetzung auf Seite 4



100
Prozent
Ist der Großhandels-Strompreis seit März 2020 gestiegen – von 35 auf 70 Euro pro Megawattstunde für Lieferungen im Jahr 2021.
Quelle: Energiebörse EEX

Märkte

Dax
15.571 Pkt.
-0,23 %

MDax
34.325 Pkt.
-0,42 %

TecDax
3.581 Pkt.
+0,51 %

E-Stoxx 50
4.096 Pkt.
-0,59 %

Dow Jones
34.241 Pkt.
-0,56 %

Nasdaq
14.458 Pkt.
+0,68 %

S&P 500
4.284 Pkt.
+0,07 %

Nikkei
29.048 Pkt.
-0,06 %

Euro/Dollar
1,1930 US\$
-0,04 %

Gold
1.780,58 US\$
-0,05 %

Öl
74,91 US\$
-1,15 %

Dax Gewinner

1 Delivery Hero
+1,66 %
110,25 €

2 Linde
+1,49 %
241,65 €

3 RWE
+1,35 %
30,79 €

Verlierer

1 Heidelberg-cement
-3,02 %
73,10 €

2 Daimler
-2,56 %
75,78 €

3 MTU Aero
-2,28 %
209,70 €

Stand: 17:30 Uhr

Regierungsbericht Schwache Bilanz des Heimatministers

Als Heimatminister wollte Horst Seehofer (CSU) für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland sorgen und die Landflucht eindämmen. Das ist nicht gelungen, wie aus dem neuen Raumordnungsbericht der Bundesregierung hervorgeht. Er soll am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet werden und liegt dem Handelsblatt vor. „Der absehbare demografische und wirtschaftsstrukturelle Wandel wird wesentlich mehr Regionen betreffen“, heißt es darin. Bis 2040 dürfte die Bevölkerung in Kreisen, die abseits der wirtschaftlichen Zentren liegen, um bis zu 26 Prozent abnehmen. In Ballungsräumen werden „mindestens zehn Prozent“ mehr Menschen leben. ► 6

Satelliten-Internet Satellitenbetreiber warnen vor SpaceX

Namhafte Satellitenbetreiber wie Viasat und SES kritisieren die Pläne von SpaceX. Das von Elon Musk gegründete Unternehmen will mit bis zu 42.000 Satelliten weltweit schnelles Internet anbieten. Die Risiken seien erheblich, sagt Mark Dankberg, Executive Chairman von Viasat. Die große Menge an Satelliten könnte zu Kollisionen führen – in einem Lawineneffekt von Zusammenstößen könnten so viele Teile entstehen, dass der Weltallzugang erschwert wird. Auch seien Umwelteffekte wie durch das Verglühen der Satelliten nicht berücksichtigt, warnt SES-Chef Steve Collar. ► 20

Forschungsinstitut Beim DIW gibt es Streit

Ärger beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Die beim DIW angesiedelte renommierte Datenforschungsabteilung SOEP hat Finanzprobleme. Von DIW-Chef Marcel Fratzscher angeordnete Sparmaßnahmen stoßen intern auf Widerstand. „Die Reputation von SOEP und DIW“ könne „beschädigt“ werden, warnt SOEP-Chef Stefan Liebig in einem internen Schreiben. Auch 25 jüngere DIW-Mitarbeiter protestieren in einer Mail: „Wir sehen wichtige Teile unserer möglichen Forschung in der Zukunft gefährdet.“ ► 47

Euphorie um Börsenmäntel ebbt ab

Anleger achten stärker auf die Qualität. Davon könnte Europa profitieren.

Börsengänge via Spac werden schwieriger. Nach einer Reihe von Übertreibungen und Betrugsskandalen ist das Interesse der Anleger an den Mantelgesellschaften abgekühlt. Das gilt insbesondere für den US-Markt. Die sogenannten Sponsors, die Spacs gründen, müssen mehr eigenes Geld investieren. Bei den Geschäftsmodellen wird genauer hingeschaut.

Das habe auch Vorteile, gerade für europäische Spacs, sagte Dietrich Becker, Europachef der Investmentbank Perella Weinberg, dem Handelsblatt: „Spacs bieten sehr gute Möglichkeiten für europäische Start-ups, um an Kapital zu kommen – ganz ohne den Hype und die Übertreibungen, die wir in den USA gesehen haben.“

Perella ist selbst via Spac an die Börse gegangen. Das Geld soll in die Expansion fließen. In Deutschland erwartet die Bank eine Restrukturierungswelle. „Es gibt viele Unterneh-

men, die in der Pandemie – und schon davor – mehr Schulden aufgenommen haben, als sie langfristig verkraften können“, sagt Becker. „Wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme wegfallen, was definitiv der Fall sein wird, und wenn die Zinsen auch nur ein bisschen steigen, dann wird das eine überdurchschnittlich große Auswirkung auf all jene Unternehmen haben, die hoch verschuldet sind.“ P. Köhler, K. Jones, A. Dörner ► 28

Börsen, Derivate, Aktien, Anleihen, Geldmarkt, Zinsen, Kryptowährungen, Immobilien, Rohstoffe, Energie, Umwelt, Digitalisierung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Gesundheit, Recht, Sonstiges

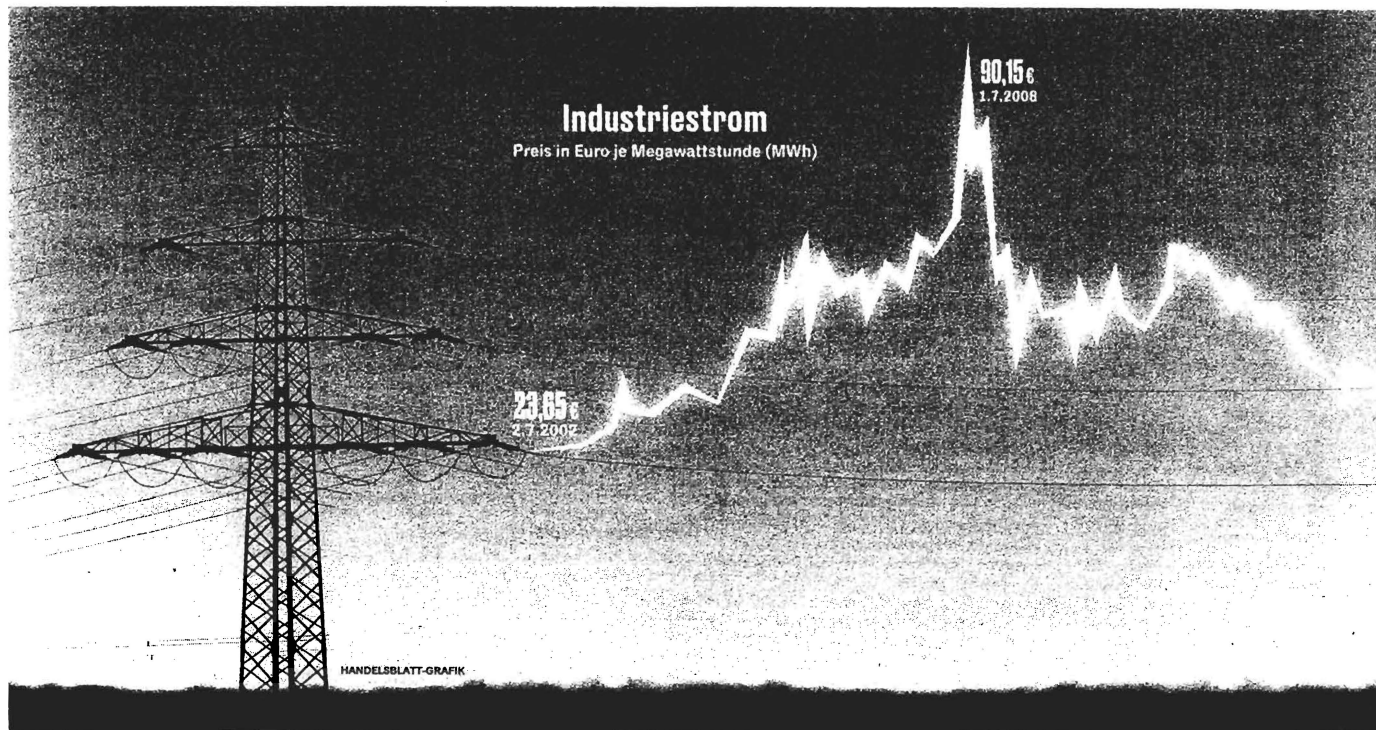
Handelsblatt Print: Premium 7,90 € / 1,20 € (inkl. MwSt.)
Handelsblatt Digital: 4,90 € / 0,70 € (inkl. MwSt.)
www.handelsblatt.com/abofact

Handelsblatt GmbH Kundendienst
Kundendienst: 089 2500-1000
www.handelsblatt.com/kundendienst

2025
107390
4 97251 107390

PREIS 3,30 €

Handelsblatt



Der Strompreis-Schock

► Fortsetzung von Seite 1

Ingo Mülder, der den Einkauf bei Coatinc leitet, stöhnt: „Wir müssen fast mit einer Verdoppelung zurechtkommen.“ Coatinc wurde 1502 gegründet und ist nach einer Liste der Stiftung Familienunternehmen damit Deutschlands ältestes Unternehmen in Familienhand. Die glorreiche Vergangenheit wird allerdings von höchst gegenwärtigen Sorgen überschattet.

Das Unternehmen gehört zu den energieintensiven Branchen, bei denen der Einsatz von Strom und Gas einen besonders hohen Anteil der Kosten ausmacht. Beim Feuerverzinken muss permanent flüssiges Zink in den Verzinkungskesseln bei 450 Grad gehalten werden – und zwar 24 Stunden am Tag. Pro Jahr verzinkt das Traditionsunternehmen, das an 18 Standorten in Europa rund 1400 Mitarbeiter beschäftigt, 450.000 Tonnen Stahl und braucht dafür allein in Deutschland 60.000 Megawattstunden Gas und 12.000 MWh Strom. Das entspricht etwa dem Stromverbrauch von 4000 Familien.

Bisher bezahlt Coatinc für den Strom in Deutschland rund 40 Euro je MWh. Jetzt muss sich das Unternehmen auf 70 Euro einstellen. Und das sind nur die Beschaffungskosten. Zuzüglich Steuern, Gebühren und Umlagen, von denen das Unternehmen nicht befreit ist, dürften sich die Stromkosten auf 200 Euro je MWh summieren. Auch der Bundesverband der Energiewirtschaft (BDEW) rechnet nach einer aktuellen Analyse in diesem Jahr im Schnitt mit einem Industriestrompreis inklusive aller Umlagen von 191 Euro je MWh. Das entspricht einem Anstieg von gut 13 Euro innerhalb eines Jahres. Für große Verbraucher erhöht sich die Stromrechnung damit schnell um mehrere Hunderttausend Euro.

Der Strompreis, der vor einem guten Jahr noch gesunken sei, erhole sich „mit einer Dynamik, die keiner erwartet“ habe, sagt Mülder:

„Energieintensive Unternehmen wie wir müssen jetzt schauen, wie sie damit zurechtkommen.“

Gundolf Schweppe, der beim Stromproduzenten Uniper den Bereich Energy Sales leitet, spricht von einem „dramatischen Anstieg“ der Strompreise und bestätigt: „Vor allem unsere Industriekunden, die ihren Strombedarf noch nicht eingedeckt haben und die Stromkosten nicht an ihre Kunden weitergeben können, sind erheblich von dem Preisanstieg betroffen.“ Bei diesen spüre Uniper derzeit „eine große Unsicherheit“. Viele dieser Kunden seien mit ihren bisherigen Beschaffungsstrategien „der veränderten Situation nicht gewachsen“.

Neuverträge werden zum Lotteriespiel

Die steigenden Großhandelspreise werden auch bei den Privatkunden durchschlagen. Schon im ersten Halbjahr sind die Preise nach Angaben des Verbraucherportals Verivox gestiegen, und der Trend zeige angesichts der Großhandelspreise weiter nach oben. Bei den Privatkunden wird die Stromrechnung aber inzwischen im Wesentlichen von den Netzentgelten, Gebühren und Umlagen bestimmt. Die Beschaffungskosten machen weniger als ein Viertel aus. Viele energieintensive Unternehmen werden dagegen bei den Umlagen entlastet, einen entsprechend größeren Einfluss hat der Großhandelspreis auf ihre Energiekosten. Für sie ist die Entwicklung an der Strombörse bedrohlich. Die Notierungen werden in der Regel zur Grundlage für längerfristige Verträge genommen – und eben vor allem bei Neuabschlüssen zum Problem.

Viele Unternehmen hätten sich zwar im vergangenen Frühjahr, als die Preise niedrig waren, mit Strom für die kommenden zwei, drei Jahre eingedeckt, sagt Berater Hahn: „Aber nicht alle waren so vorsichtig – und für die anderen ist schon jetzt klar, dass der nächste Stromvertrag deutlich teurer wird.“

”
Nicht nur die
Strompreise steigen,
die Gaspreise
haben sich sogar
mehr als verdoppelt.

Ingo Mülder
Einkaufschef bei Coatinc

Und selbst, wer aktuell günstig versorgt ist, steht vor einer kniffligen Frage: Soll er warten, ob die Preise wieder sinken – oder lieber jetzt einen neuen Vertrag abschließen, weil die Preise noch weiter ansteigen werden?

Dabei gibt es kaum Hoffnungen auf eine nachhaltige Besserung: „Die Preiskurve zeigt wirklich steil nach oben“, sagt Tobias Federico, Geschäftsführer des Analysehauses Energy Brainpool. „Solche Preisniveaus haben wir seit der Finanzkrise nicht mehr gesehen.“

Vor der Finanzkrise waren die Preise sogar auf 90 Euro je MWh geklettert – die Industrie hatte schon einmal heftig gestöhnt und über die Marktmacht der Energieversorger geklagt. Nach der Finanzkrise bewegten sich die Großhandelspreise aber kontinuierlich nach unten. Das lag an einem Überangebot, weil der Markt mit grünem Strom geflutet wurde und die großen Kraftwerke ihren Strom kaum verkaufen konnten. Vor gut fünf Jahren kostete eine MWh kaum mehr als 20 Euro. Inzwischen ist der Markt aber bereinigt, viele Atomkraftwerke sind schon abgeschaltet und auch Kohle- und Gaskraftwerke vom Netz gegangen.

Die aktuelle Preisrally liegt nach Federicos Worten aber zum großen Teil am Anstieg des CO₂-Preises. Der Preis der Zertifikate, die Emittenten des Treibhausgases je Tonne vorweisen müssen, liegt derzeit bei knapp unter 55 Euro. Im März vergangenen Jahres waren es gerade einmal 25 Euro. Damals standen während des ersten Lockdowns viele Fabriken still. Der Stromverbrauch ging spürbar zurück. Der Strompreis brach ein – und auch die CO₂-Emissionen sanken deutlich.

Laut Federico gibt es aber noch andere Effekte. Zum einen stiegen die Rohstoffpreise „seit einigen Monaten rasant an – vor allem Erdgas“. Zudem mache sich in Deutschland inzwischen der Atom- und



Hohle Strompreise

Politik rangelt um Konzepte

Kohleausstieg bemerkbar, der die Kapazitäten zur Stromproduktion verknäpft.

„Der Trend dürfte nachhaltig sein“, sagt der Experte: „Die Strompreise werden auf einem hohen Niveau bleiben.“ Die Entwicklung der Rohstoffpreise sei zwar schwierig einzuschätzen, aber der CO₂-Preis müsse auch langfristig hoch bleiben, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen.

Auch der Gaspreis steigt

Viele Unternehmen sind sich dessen offenbar bewusst: „Ich kenne viele Unternehmen, die sich derzeit überlegen, trotz der hohen Strompreise einen Anschlussvertrag abzuschließen“, sagt Berater Hahn. Er empfiehlt seinen Kunden, „gestaffelt vorzugehen“ – und nicht alle Strommengen zum selben Zeitpunkt zu verlängern. Zudem rät er, einen Teil des Stroms direkt bei Ökostromproduzenten langfristig zu kaufen. Solche sogenannten PPAs rechnet man sich oft schon nach zwei Jahren.

„Wir überlegen gerade, wie wir darauf reagieren“, sagt Coatic-Einkaufschef Müller: „Wir werden bei unserem neuen Vertrag sicher auf mehr Flexibilität achten.“

Aber der Strompreis ist auch nicht sein einziges Problem. „Nicht nur die Strompreise steigen, die Gaspreise haben sich sogar mehr als verdoppelt“, sagt Müller. Aktuell kostet eine MWh in der Beschaffung rund 25 Euro, im vergangenen Jahr kostete sie im Durchschnitt nur rund zehn Euro. Zudem wird hier ab diesem Jahr noch der neue CO₂-Preis von umgerechnet rund fünf Euro je MWh draufgeschlagen werden. Es gibt zwar Härtefallregeln für energieintensive Unternehmen, Coatic fällt aber nicht unter die Regel.

„Für uns ist das ein großes Problem“, sagt Müller. „Der deutliche Anstieg der Gas- und Strompreise bringt für uns deutliche Mehrkosten.“ Jürgen Flauger



Handelsblatt-Titel zur Stromlücke: Aus der Schlagzeile wurde ein Schlagwort für Olaf Scholz.

Nicht nur die Wirtschaft, auch die Politik sieht das Problem des hohen Strompreisniveaus und fordert Entlastungen. „Klar ist: Die Strompreise in Deutschland sind im europäischen und internationalen Vergleich zu hoch“, sagte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion, Bernd Westphal, dem Handelsblatt. „Gerade für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, benötigen wir einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis“, sagte er weiter. „Ein europäischer Industriestromtarif ist eine Option.“

Für Deutschland fordert Westphal eine Absenkung der Stromsteuer sowie die Abschaffung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bis 2025. Mit dieser Umlage finanzieren die Stromkunden seit Beginn der Energiewende den Ausbau von Wind- und Solarenergie.

Auch die Union will laut Wahlprogramm die EEG-Umlage abschaffen, ebenso die FDP. Die Stromsteuer solle „sofort“ auf das EU-Mindestmaß gesenkt werden, sagte FDP-Fraktionsvize Michael Theurer dem Handelsblatt.

Oliver Krischer, Vize der Grünen-Bundstagsfraktion, forderte, „endlich die Weichen für einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien“ zu stellen. „Wir wollen konkurrenzfähige und stabile Industriestrompreise auf der Basis von erneuerbaren Energien“, sagte Krischer dem Handelsblatt. „Wichtig dafür sind einfache und kostengünstige Direktlieferungsverträge für Grünstrom und die Absicherung von Preisschwankungen.“ Die EEG-Umlage, forderte Krischer, müsse in den nächsten Jahren komplett aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Eine Senkung der Umlage ist geplant.

Durch den Kohle- und Atomausstieg gingen abgeschriebene Kraftwerke vom Netz, sagte FDP-Politiker Theurer. Gleichzeitig müssten neue Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die dafür notwendigen Netze ge-

baut werden: „Das kostet Geld und setzt die Strompreise unter Druck.“

Durch die Elektrifizierung wird die Bedeutung der Stromkosten zunehmen. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz räumte vergangene Woche beim „Tag der Industrie“ Versäumnisse der amtierenden Regierung ein, setzt inzwischen aber auf Attacke und wirft CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier eine „Stromlüge“ vor. Die Annahmen des Ministeriums für den Stromverbrauch 2030 seien viel zu tief gegriffen. Auch Kanzlerin Merkel forderte Nachberechnungen. Theurer sprach jetzt von einem „Taschenspielertrick“ der Regierung. Altmaier kalkulierte mit gleichbleibendem Stromverbrauch im Jahr 2030, „dabei wird er durch Digitalisierung, Wasserstoffherzeugung und Elektrifizierung von Verkehr, Wärmeerzeugung und Industrie deutlich steigen“. Silke Kersting

Hohle Umlagen

Bestandteil des Strompreises in Deutschland für die Industrie* in Cent/KWh

17,76 Cent		19,09 Cent	
0,98	Sonst. Umlagen u. Abgaben	1,04	
1,54	Stromsteuer	1,54	
6,76	EEG-Umlage	6,50	
8,48	Beschaffung, Netzentgelt und Vertriebsmarge	10,01	
2020		2021	

* Jahresverbrauch 160.000 bis 20 Millionen kWh
Quelle: BDEW